

⇒ das »Wiener System« von 1815 war *antinational und antirevolutionär*

→ die deutsche Einheit in Form eines Nationalstaats bedeutete insofern, das europäische *Gleichgewicht* und damit den *Frieden* in Frage zu stellen

- Scheitern der Revolution bedeutete *nicht* das Ende der deutschen Verfassungs- und Nationalpolitik - es ging nur die Initiative vom *Volk* auf den **Staat** über → **preußische Unionspolitik 1849-1850**

⇒ Plan Preußens, einen *kleindeutschen* (preußisch geführten) Bund zu schaffen, dem sich Österreich in einem weiteren Bund anschließen sollte. *Unionsverfassung* ähnelte der Frankfurter Reichsverfassung, allerdings mit konservativen Modifikationen (Dreiklassenwahlrecht, absolutes Veto des Monarchen) → Plan wurde von *Österreich* abgelehnt

- daraufhin versuchte Preußen, ihn im rein kleindeutschen Rahmen zu verwirklichen → »**Dreikönigsbündnis**« zwischen **Sachsen, Hannover und Preußen**, dem sich 25 weitere Bundesstaaten anschlossen ↔ einige aber schlossen sich wieder dem österreichischen Lager an (darunter Sachsen und Hannover)
- Preußen hielt trotzdem an den Einigungsbestrebungen fest, trug der neuen Situation allerdings dadurch Rechnung, daß es nicht mehr von einem »Reich«, sondern einer »**Union**« sprach (»**Erfurter Union**« → nach dem Tagungsort des Parlaments) ⇒ in **Gotha** trafen sich daraufhin 150 Abgeordnete der früheren *Erbkaiserlichen Partei* (Liberale, die für ein Erbkaisertum in einem von Preußen geführten Nationalstaat waren ↔ Gegner der demokratischen Linken) und stimmten der Verfassung zu
- Unionspläne scheiterten letztendlich durch das Eingreifen *Österreichs*: Wiederbelebung des Deutschen Bundes und drohende Kriegsgefahr wegen Interventionsbestrebungen Österreichs im kurhessischen und holsteinischen Verfassungskonflikte nötigte Preußen zur **Olmützer Punktation (29. November 1850)** → *Verzicht* auf die Union, *Wiedererrichtung* des Deutschen Bundes und *Rückzug* aus Holstein und Kurhessen (in der »*Olmützer-Rede*« brachte Bismarck aber zum Ausdruck, daß eine Union schwacher Fürsten ohnehin nicht den Machtinteressen eines großen Staates nützen könne → Verteidigung des Vertrages von Olmütz)

- Hoffnungen der Nationalliberalen, die nach der gescheiterten Revolution von 1848 zu *Kompromißbündnissen* mit reformwilligen Regierungen bereit waren (Stichwort: »**Realpolitik**«, *Ludwig v. Rochau*, 1853), ruhten trotzdem auf *Preußen* → **Aufwertung der kleindeutschen Idee** durch die *Unionspolitik*, den Eintritt Preußens in die konstitutionellen *Verfassungsstaaten* und den Beginn des Neoabsolutismus (Aufhebung der Verfassung) in Österreich
- nach der 48er-Revolution erfolgte **Konstitutionalisierung in Preußen**: am **5. Dezember 1848** **oktroierte Verfassung**, die sich eng an die »*Carte Waldeck*« der Berliner Nationalversammlung anlehnte, wurde nochmals **revidiert** (u.a. Einführung des Dreiklassenwahlrechts, ausgedehntes königliches Veto- und Notverordnungsrecht und alleingige Bindung des Heeres an den Monarchen) und trat am **31. Januar 1850** in Kraft → *monarchisches Prinzip* (Heer, Bürokratie und Diplomatie waren dem Einfluß des Parlaments entzogen)
- von **1851-1858** wieder Aufnahme der **Reaktionspolitik** durch *Annäherung* Österreichs und Preußens → **Bundesreaktionsbeschlüsse** gegen die Verfassungswerke der Paulskirchen-Nationalversammlung (1854 gegen das Presse- und Vereinswesen). In Preußen manifestiert sich diese Haltung am bürokratisch-etatistischen Regime des Innenministers *Otto Frhr. v. Manteuffel*. Aber: Reaktion, keine *Restauration* wie 1815
- **ab 1858** in Preußen Anbruch der »**Neuen Ära**« durch die Übernahme der Regierung durch den Prinzregenten **Wilhelm I.** für den geisteskranken Bruder König Friedrich Wilhelm IV. und der Thronbesteigung 1861 → »*Scheinkonstitutionalismus*« war überwunden, Wilhelm I. hatte sich aus Protest zur Olmützer Punktation schon seit den 50er Jahren in *Distanz* zur offiziellen preußischen Politik begeben und dem Liberalismus zugewandt ⇒ **Kurswechsel** wurde eingeleitet, der an die Unionspolitik anknüpfen sollte (»mit weiser Gesetzgebung« sollten »moralische Eroberungen« gemacht werden). Entlassung des reaktionären Kabinetts
- »Neue Ära« strahlte auch auf *andere Staaten* aus (in Österreich Zusammenbruch des Neoabsolutismus nach der Niederlage gegen Italien 1859 in Solferino → Reformen) ⇒ **Pläne zur Reform** des Deutschen Bundes (scheiterten aber abermals am *österreichisch-preußischen Dualismus*)
- **1859** Gründung des »**Deutschen Nationalvereins**« nach dem Vorbild der italienischen »*società nazionale*« → Ziel war die Schaffung eines kleindeutschen Nationalstaats auf parlamentarischer Grundlage unter preußischer Führung (im Nationalverein waren die *Hannoveraner* maßgeblich) + **Schillerfeiern**

Verfassungs- und Nationalentwicklung 1848-1871

②

00.04.97

- **Ende der »Neuen Ära«** in Preußen mit Ausbruch des **Heereskonflikts 1860**: Konzept des konservativen Kriegsministers *Albrecht v. Roon* zur Stärkung der Position des Heeres gegenüber dem Parlament:
 1. Verlängerung der *Dienstzeit* auf 3 Jahre
 2. Ausweitung des *Wehrdienstes* (= Erhöhung der Heeresstärke, d.h. Anpassung an die gestiegene Bevölkerung [Wehrgerechtigkeit])
 3. Eingliederung von Teilen der *Landwehr* in die Linie

Regelungen des »**Armeegesetzes**«

Das mehrheitlich von Liberalen besetzte *Parlament*, das zwar auf die *Armeegesetzgebung* wenig Einfluß hatte, aber über die *Etatbewilligung* über die Reform entscheiden konnte, war zwar *für* eine Heeresreform, aber *gegen* die Tendenz zur »**königlichen Berufsarmee**« mit starker Bindung an den Monarchen und wünschte die *Konstitutionalisierung der Armee* → trotzdem aus *Kompromißbereitschaft* Billigung des erhöhten provisorischen Heeresetats. *Zuspitzung* des Konflikts, nachdem die neugegründete linksliberale »**Fortschrittspartei**« die Parlamentswahlen 1862 gewann → *Auflösung* des Parlaments durch den König und Neuwahlen → abermals Sieg der *Liberalen* ⇒ durch die Budgetverweigerung des Parlaments wurde der Heereskonflikt zum **Budgetkonflikt**. Nachdem der König an *Abdankung* gedacht hatte, berief er **1862 Bismarck** als Ministerpräsidenten → Ausweitung zum **Verfassungskonflikt** (Machtkampf zwischen Krone und Parlament) durch *budgetloses regieren* (→ »**Lückentheorie**«)¹

⇒ Bismarck war als **Realpolitiker** überzeugt, daß eine Lösung des innerpreußischen Verfassungskonflikts und eine Stärkung der Position Preußens nur von denjenigen entschieden werden konnte, die die nötige *Macht* in sich vereinten (»**Eisen-und-Blut**« Rede) → **Revolution von oben**

- auf Initiative *Österreichs* wird **1863** der **Frankfurter Fürstentag** zur Bundesreform
→ **Preußen widersetzte sich** den Reformbemühungen, weil sie eine *österreichische Majorität* gesichert hätten (*Bismarck* hielt den preußischen König von einer Teilnahme an der Konferenz ab)

¹ da der Staatsetat in Form eines **Gesetzes** gekleidet war, war nach der preußischen Verfassung von 1850 die *Übereinstimmung* aller drei Verfassungsgane (Herrenhaus, Abgeordnetenhaus und König) notwendig

- **1864 deutsch-dänischer Krieg** nach dem Versuch des dänischen Königs, das in Personalunion regierte Herzogtümer *Schleswig* in den dänischen Staat einzuverleiben → nationale Bewegung in Deutschland, Gründung zahlreicher »*Schleswig-Holstein Vereine*«. Bismarck unterstützte die Bewegung und ihre Forderung nach vollständiger Autonomie für die norddeutschen Herzogtümer *nicht*, konnte aber trotzdem *Österreich* zum Krieg gegen Dänemark drängen, indem er seine Interventionsgründe *juristisch anders* definierte (Herstellung von internationalem Recht → die *Herrschaftrechte* des dänischen Königs wurden zwar anerkannt, aber dieser hat die *Sonderrechte* Schlesiwsigs verletzt). Nach dem **Sieg über Dänemark** (Erstürmung der *Düppler-Schanzen*) Abtretung von Schleswig und Holstein durch den dänischen König → gemeinsame Verwaltung durch Österreich und Preußen (*Kondominium*) nach der *Konvention von Gastein*
- am **9. April 1866** beantragte Preußen am Bundestag die Einberufung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen **Nationalversammlung** → mit diesem Vorschlag suchte Bismarck zusammen mit der *Nationalbewegung* ein **Bündnis gegen Österreich** (aus taktischen Gründen wollte er sich mit den fortschrittlichen Kräften verbünden)
 - ↔ dies Vorhaben *scheiterte* jedoch, da Bismarck in der *öffentlichen Meinung* keinen Rückhalt besaß
- fortschreitende *Differenzen* zwischen Österreich und Preußen (um die Verwaltung und den künftigen Status der beiden norddeutschen Herzogtümer und die Reform der Bundesverfassung [die österreichischen Pläne wurden von Preußen als Bruch der bilateralen Vereinbarungen gesehen und mit der Annexion von Holstein beantwortet]) führten schließlich zur **Spaltung des Bundes**
 - am **14. Juni 1866** stellte Österreich einen **Mobilisierungsantrag** gegen Preußen, woraufhin der preußische Gesandte am Bundestag den Bundesvertrag für »*gebrochen und erloschen*« erklärte
- der **preußisch-österreichische Krieg** war der Form nach eine Bundesexekution gegen Preußen → vollständiger und rascher **Sieg Preußens** in der Schlacht bei *Königgrätz* am **3. Juli 1866** durch Umfassung und Vernichtung der österreichischen Hauptarmee (~ 8000 Gefallene) ⇒ v.a durch das strategische Geschick *Moltkes* (»getrennt marschieren, vereint schlagen«), die *Eisenbahn* und das *Zündnadelgewehr*

⇒ die Frage nach der *Rechtslage* des Krieges ist *zwiespältig* zu beantworten:

① nach Bundesrecht war ein Austritt aus dem »ewigen Bund« unmöglich

→ *altes partikularistisches Recht*

② Bismarck dagegen beruft sich auf das Recht der Nation auf Selbstbestimmung

→ *neues nationales Recht*

→ die außenpolitische Konstellation war günstig:

1. England zog sich seit dem Krimkrieg in der »*spendid isolation*« vom Kontinent zurück und war außerdem durch den *US-Bürgerkrieg* von 1861-1865 abgelenkt
2. Rußland war seit dem Krimkrieg *mit sich selbst* beschäftigt, außerdem seit dem österreichischen Bündnis mit den Westmächten im Krimkrieg *antiösterreichisch* eingestellt war und seit der Konvention von Alvensleben mit Preußen von 1863 zur Niederschlagung des polnischen Aufstandes *propreußisch* eingestellt war
3. Frankreich verhielt sich neutral, um bei einem Sieg einer der beiden deutschen Großmächte und einer Neuordnung Deutschlands *territoriale Kompensationen* zu verlangen

⇒ *Auflösung des Deutschen Bundes* und *Annexion* von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt.² Österreich wurde *geschont* (nur Venetien mußte an das mit Preußen verbündete Italien abgetreten werden) → Intervention von *Frankreich und Rußland* konnte so verhindert werden. Den vier *süd-deutschen Staaten* (Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt) wurde im **Vorfrieden von Nikolsburg (26. Juli 1866)** auf Drängen Napoleons III. *Souveränität* und die Möglichkeit eines eigenen Bundes zugestanden, um das europäische Gleichgewicht nicht zu zerstören → möglicher Raum für künftige machtpolitische Auseinandersetzungen

² Wilhelm I. war gegen die Annexionen, weil er sie als einen Bruch mit dem alten dynastischen Recht und damit als Angriff auf seine eigene Legitimität betrachtete

- im **Friedenvertrag von Prag** vom **23. August 1866** stimmte Österreich der Begründung eines neuen Bundes nördlich des Mains zu
- durch die außenpolitischen Erfolge der gewonnenen Kriege brach die *liberale Opposition* auseinander → *Zusammenhang* von Verfassungs- und Nationalpolitik (»Einheit« und »Freiheit«, Th. Nipperdey) wurde durch die Lösung der »Deutschen Frage« im kleindeutsch-preußischen Sinne mit der Schaffung eines Nationalstaats *gebrochen* ⇒ **Beilegung des Verfassungskonflikts** durch »*Indemnitätsvorlage*« ⇒ *status quo* in der konstitutionellen Frage, die bis zum 1. WK bestehen blieb: Verfassungszustand war geprägt durch die Verteidigung des Verfassungsstaats gegen die Konservativen (durch die nachträgliche *Bewilligung*) und das Fortbestehen des monarchischen Prinzips gegenüber der radikalen Demokratie (durch die *nachträgliche Bewilligung*)
 - ⇒ Anlaß für die **Spaltung der liberalen Partei** in *Linkliberale* (»*Fortschrittspartei*«) und *Rechtsliberale* (»*Nationalliberale Partei*«)
- **1866** Gründung des **Norddeutschen Bundes** → Zusammenschluß aller deutscher Staaten nördlich des Mains unter *preußischer Hegemonie*. Staatenbund mit *konstitutioneller Verfassung* inklusive frei gewählter Volksvertretung (Reichstag) → allerdings »*System Bismarck*«:
 - *preußische Ministerialbürokratie* als tragender Unterbau des Bundes
 - Dominanz der *Exekutive* (preußischer König war Oberbefehlshaber aller Truppen und preußischer Ministerpräsident war Bundeskanzler)
- in der Folge der Gründung des Norddeutschen Bundes und im Kaiserreich bis 1878 gab es eine erfolgreiche gesetzgeberische Tätigkeit des Reichstags → neue »**liberale Ära**« mit wirtschaftlichen und rechtlichen **Reformen**, insbesondere...
 - *Vereinheitlichung und Liberalisierung der Wirtschaftsverfassung* (z.B. freiheitliche Gewerbeordnung und Niederlassungsfreiheit)
 - *Vereinheitlichung des Rechtswesens* auf der Grundlage rechtsstaatlicher Prinzipien

- nach 1866 erfolgte die enge *militärische* (Schutz- und Trutzbündnis) und *wirtschaftliche* (Zollverein) **Anbindung** der vier süddeutschen Staaten
- **1870** Ausbruch des **deutsch-französischen Krieges** → »*zweiter Einigungskrieg*«

Anlaß war die Regelung der *spanischen Thronfolge* → nach dem Sturz der spanischen Königin Isabella II. 1868 Vorschlag eines süddeutschen Prinzen aus dem Haus Hohenzollern-Sigmaringen → Frankreich war wegen Einkreisung dagegen → Veröffentlichung der Unterredung zwischen französischem Diplomaten und König Wilhelm I. in der von Bismarck verkürzten (nicht verfälschten) »*Emser Depesche*«

- Frankreich wurde diplomatisch in die Enge getrieben (Satisfaktion für die *diplomatische Demütigung* durch Preußen wurde zur nationalen Ehrensache, da die innenpolitische Existenz des plebiszitär-charismatischen napoleonischen Kaisertums wegen des Drucks der öffentlichen Meinung von außenpolitischen Erfolgen abhing), andererseits wollte es schon lange das immer mächtiger werdende Preußen zurückdrängen ⇒ **Kriegserklärung Frankreichs** → Wirksamwerden der *Bündnisverträge* mit den süddeutschen Staaten. **Französische Niederlage** am **2. September 1870** in der Schlacht bei **Sedan** (*Gefangennahme Napoleons III.* und Inhaftierung auf Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel)
- durch die anschließenden *Gebietsforderungen* Deutschlands (Elsaß und Lothringen) wurde der Krieg auf französischer Seite zum **Volkskrieg** (nationale Mobilisierung der Massen → erneute »*levée en masse*«) → Ende Januar 1871 **Waffenstillstand** (wegen der Konzentration der französischen Truppen um die Festung Paris und dem Bestreben v.a. der französischen Führung, den Krieg politisch und militärisch einzugrenzen und es nicht zu einer sozialen Revolution kommen zu lassen), der am **10. Mai 1871** in einem **Friedensvertrag** bestätigt wurde (**Friede von Frankfurt**)
- ⇒ zu den **deutschen Kriegsgewinnen** gehörte...
- Kriegsschädigung von 5 *Millionen Franc*

- Gewährung von Handelspolitischen Vorteilen nach dem Prinzip der *Meistbegünstigung*³
- Annexion des *Elsaß* und eines Teils von *Lothringen*
 - nicht aus wirtschaftlichen Motiven (Kohle in Lothringen und Textilindustrie im Elsaß), sondern aus militärischen Sicherheitsüberlegungen
- bereits vor Abschluß des Waffenstillstands am **1. Januar 1871** Gründung des »**Deutschen Reiches**« (bedeutender für das kollektive Gedächtnis der Nation war allerdings nicht dieses Datum der Inkrafttretung der Reichsverfassung, sondern die **Kaiserproklamation** Wilhelms I. zum deutschen Kaiser im Spiegelsaal von Versailles am **18. Januar 1871** (vgl. das Prunkgemälde Anton von Werners) → unterschied sich vom Norddeutschen Bund nur durch die *Ausweitung nach Süddeutschland* und der Einführung der Begriffe **Kaiser** (für den Bundespräsidenten) und **Reich** (für den Bundesstaat) ⇒ Legitimation aus dem mittelalterlichen Reichsmythos
- *Anerkennung* des neuen deutschen. Nationalstaats durch das europäische Ausland durch diplomatisch geschicktes Vorgehen auf preußisch-deutscher Seite: noch während des Krieges wechselte auf deutscher Seite das *handelnde Subjekt*, indem die Machterweiterung *Preußens* in das völkerrechtlich neue Subjekt des *Deutschen Reiches* überging → in den anschließenden Friedensverhandlungen erschien als **neues Völkerrechtssubjekt** einfach das Deutsche Reich ⇒ dadurch war in den Verträgen keine Rede mehr von der deutschen Frage und, anders als nach 1815, bedeutete eine Revision des bloßen Friedensvertrags keine Aberkennung der neuen Ordnung mehr
- nationaler Einigungsprozeß war eine reine **machtpolitische Auseinandersetzung** mit militärischen und diplomatischen Mitteln → Bismarck *unterdrückte* die emotionalen und radikalen Ambitionen der deutschen Nationalbewegung. Die Kriege sollten nicht zu »Volkskriegen« werden, sie mußten *begrenzt* und *kontrollierbar* gehalten werden → deshalb **Kabinettskriege**

³ Vertragspartner erklären sich bereit, einander alle Vorteile (z.B. Zölle) zu gewähren, die sie gleichzeitig oder später dritten Ländern einräumen